

Datenschutzhinweise für den Tätigkeitsbereich der Theaterkasse im Stadttheater Passau (Stand Juli 2022)

1. Verantwortlich für die Datenerhebung ist

Stadt Passau
Rathausplatz 2
94032 Passau
Telefon: 0851/396-0
Email: poststelle@passau.de

nachfolgend auch kurz bezeichnet als "Verantwortlicher".

2. Die Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist unter der o.g. Anschrift, bzw. per Email an datenschutz@passau.de zu erreichen.

3. Im Tätigkeitsbereich der Theaterkasse im Stadttheater Passau kann es zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten kommen. Darunter fallen insbesondere der Name und die Kontaktdaten von Tageskartenkäufern und Abonnenten.

Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist vorliegend nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO gegeben, da der Kauf einer Theaterkarte eine vertragliche Grundlage darstellt. Etwaige zusätzliche freiwillige Angaben liegen im Interesse des Kartenkäufers, der so schneller beispielsweise über Absagen informiert werden kann.

4. Die erhobenen personenbezogenen Daten werden in einem Fachverfahren gespeichert, welches die datenschutzrechtlichen Vorgaben einhält. Empfänger der Daten kann zudem die Stadtkasse bezüglich der Zahlungsabwicklung sein. Die personenbezogenen Daten werden rein zu dem erhobenen Zweck verwendet und ansonsten nicht weitergegeben. Abonnenten werden jährlich wieder angeschrieben.

5. Die gespeicherten Daten der Tageskartenkäufer werden spätestens 12 Monate nach der jeweiligen Vorstellung, zu der die Daten gespeichert wurden, datenschutzkonform gelöscht.

Die Daten der Abonnenten werden 5 Jahre nach Beendigung des Abos datenschutzkonform gelöscht.

Zahlungsbelege und diesbezügliche personenbezogene Daten unterliegen den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen der Abgabenordnung.

6. Nach der DSGVO stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

- Werden personenbezogenen Daten verarbeitet, so gibt es das Recht Auskunft über die gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, besteht das Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kann die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangt, sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegt werden (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn in die Datenverarbeitung eingewilligt wurde oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, besteht gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).
- Wenn in die Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt wurde (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO), kann diese Einwilligung jederzeit für die Zukunft gemäß Art. 7 DSGVO widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.